

Spectrum



Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

mit Abteilungen in Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Wiesbaden

**Aufbaustudium
Polizei**

**Qualität der Lehre
im Vergleich**

**Wielkopolska –
Region im Aufbruch**

**Gremienwahlen
2005**

**Ehemaligentreffen
in Frankfurt**

1. Studienjahr

Verabschiedungen

2/04

**11. Jahrgang
Oktober 2004**

ISSN 1432-8518

Bologna – aus 2024 zurück nach 2004

Wir schreiben das Jahr 2024. Das Jahr meiner vermutlichen Pensionierung. Eine Nachbarin von mir, Songül Sazmas, 19 Jahre alt, Abitur, die Eltern 1974 als Kinder aus der Türkei in die Bundesrepublik gekommen, will zur Polizei. Die Türkei ist inzwischen Mitglied der Europäischen Union.

Songül beginnt ihr Studium an einer internen Fachhochschule in Mittelhessen, weil heimatnah gelegen. Sie belegt im ersten Semester – es ist ein Wintersemester – aus dem Fachmodul Recht das Mikro-Modul „Europäisches Polizei- und Verwaltungsrecht“ (nationales Polizei- und Verwaltungsrecht gibt es nicht mehr) sowie aus dem Fachmodul „Soziale/interkulturelle Kompetenz“ das Mikro-Modul „Polizei und Gesellschaft“ und erwirbt die notwendigen Credit Points auf dem Weg zu ihrem Bachelor of Public Administration/Security.

Die Studienmöglichkeiten in Mittelhessen sind zwar sehr gut, aber Songül fühlt sich als Europäerin und so ist sie denn die nächsten Semester an verschiedenen europäischen Hochschulen eingeschrieben und absolviert in verschiedenen europäischen Polizeien ihre Praktika.

Auch als Pensionär verfolge ich ihren Weg; sie schickt mir regelmäßig E-Mails. So schreibt sie zum Beispiel, dass sie das Mikro-Modul „Europäisches Verfassungsrecht“ in London belegen will – wegen der besonderen demokratischen Legitimation der Europäischen Verfassung in Großbritannien; hier wurde die Europäische Verfassung erst nach einem entsprechenden Referendum eingeführt.

Für das Mikro-Modul „Europäisches Strafrecht und Strafprozeßrecht“ (nationales Straf- und Strafprozeßrecht gibt es auch nicht mehr) genießt Wien einen hervorragenden Ruf. Wochenendworkshops mit den „General Studies“ Profilbildung, Englisch, Schreibpraxis und Rhetorik sowie weitere Basis- und Aufbaumodule an anderen europäischen Fachhochschulen runden das Studium ab. Während einer Sommerakademie mit dem Mikro-Modul „Polizeiliche Vernehmung“ aus dem Fachmodul „Kriminalistik“ in Frankreich, lernt Songül den Niederländer Frank kennen und lieben. Nachdem beide den Bachelor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Berlin erworben haben – Songül wollte dann doch auch noch einmal deutsche Hauptstadtluft (die Vereinigten Staaten von Europa gibt es noch nicht) schnuppern – möchten sie heiraten und in Amsterdam bei der dortigen Polizei in den Beruf einsteigen.

weiter auf S. 2

Zeitsprung

Gehen wir wieder zurück in das Jahr 2004. Im April diesen Jahres fanden die **15. Glienicker Gespräche mit dem Thema „Der Bologna-Prozess – Chance und/oder Risiko für die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst“** mit einem Plädoyer für die zügige Umstellung der Studiengänge im öffentlichen Dienst auf das gestufte System statt. Und im Mai diesen Jahres war die **Polizei-Führungsakademie in Münster mit der Tagung „Gestufte Studiengänge und die Diskussion um Qualität an Hochschulen“** bemüht, die Fachhochschulen für Polizei und Fachbereiche Polizei der Fachhochschulen der Länder und des Bundes zum Einstieg in das zweigliedrige System mit Bachelor- und Masterabschlüssen zu motivieren.

Der Berufsweg von Songül Sazmas ist noch Vision. Wahrscheinlich werden auch nur wenige diesen Weg so oder so ähnlich gehen. Jetzt geht es erst einmal darum, den Beschluss von Bologna aus dem Jahr 1999, **in Europa ein hochschulisches Ausbildungssystem zu schaffen, das durch**

Überschaubarkeit, Transparenz, Berufspraxis und Durchlässigkeit sowie gemeinsame Maßstäbe und Standards für die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung gekennzeichnet ist, auch im Bereich der Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes umzusetzen. Die Ziele des Bologna-Prozesses,

- ein System gestufter und modularisierter Abschlüsse,
 - die Qualitätssicherung durch Akkreditierung und
 - eine Flexibilisierung von Lernwegen
- sind für alle Hochschulbereiche von Relevanz. Hochschulen aller Bereiche müssen ihre Absolventen auf die Anforderungen eines sich schnell ändernden Arbeitsmarktes einstellen.

Polizeiarbeit z. B. werde, so die Überzeugung der AG 1 „Öffentliche Sicherheit unter europäischer Perspektive“ in den

Glienicker Thesen 2004, in zunehmendem Maße zu einer europäischen Aufgabe und im internationalen Kontext stattfinden. Mit der Begründung eines europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erfahre der nationale Begriff der öffentlichen Sicherheit einen Paradigmenwechsel. Versperrt man sich dieser Entwicklung, sei zu befürchten – so die Glienicker Thesen weiter –, dass die Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb um gute Studienbewerber nicht mehr bestehen können, die Herauslösung aus dem Hochschulbereich riskiert und sie und ihre Absolventen den Anschluss an den europäischen Hochschulraum und den Arbeitsmarkt verlieren.

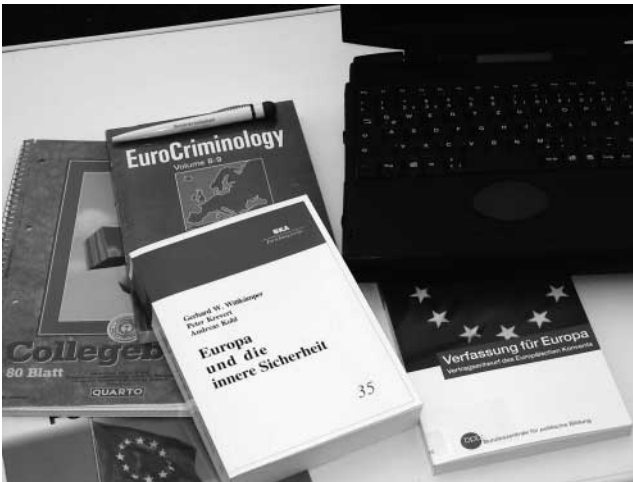
Die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden hat jetzt damit begonnen, in der „Bolognafrage“ eine argumentativ schlüssige und vermittlungsfähige Position zu erarbeiten – auch fachbereichsübergreifend. Es wird auch Zeit. Nach der Umwandlung der Polizei-Führungsakademie in eine Hochschule der Polizei, bereits erfolgter Akkreditierung und ersten Masterabschlüssen im Jahr 2007, sind die Fachhochschulen der Polizei und Fachbereiche Polizei der Fachhochschulen der Länder und des Bundes aufgefordert, sowohl für die erste Stufe, den Bachelor, als auch für das 1. Studienjahr angemessen auszubilden. Und dies bedeutet:

Modularisierung und Leistungspunktesystem, Evaluation durch die Akkreditierungsagenturen und anschließende Akkreditierung verbunden mit der Berechtigung, einen akademischen Grad, den Bachelor, zu verleihen.

Was ein Hochschulstudium ist, entscheiden die Akkreditierungsagenturen. Bewertungskriterien seien, wie man hört u. a. auch die wissenschaftliche Grundlegung der Lehre, die akademische Selbstverwaltung, die Ausgestaltung der Planstellen in der Lehre (C-resp. W-Besoldung) und die Evaluation der Lehre.

Was man auch hört, ist, dass diese Agenturen nicht alles als Hochschule anerkennen werden, was sich Hochschule nennt.

DR. HANS SCHNEIDER
FB Polizei, Gießen





ODA SCHEIBELHUBER
Staatssekretärin, HMdLuS

In bewährter Tradition ist auch für die vorliegende Ausgabe des Spectrums ein Schwerpunktthema gewählt worden und es liegt nahe, dass die Innenstaatssekretärin zum Thema „weitere Entwicklung der Verwaltungsfachhochschule“ Stellung nimmt. Bereits in meiner vorherigen Funktion als Regierungspräsidentin in Kassel konnte ich die Arbeit und die Ergebnisse der Verwaltungsfachhochschule anerkennend verfolgen. Dem Thema Ausbildung konnte ich mich in beiden Positionen widmen. Es liegt mir auch sehr am Herzen, weil ich zum einen in der beruflichen Ausbildung junger Menschen eine herausragende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sehe und ihr auch eine zentrale gesamtgesellschaftliche Bedeutung zumesse. Gleichzeitig kann nur eine optimale Ausbildung des Personals in den Verwaltungen dem hohen Qualitätsanspruch, der von unseren Kunden verlangt wird, Rechnung tragen.

In der letzten Ausgabe hat die Redaktion nicht unkritisch davon berichtet, dass die Abteilungen Darmstadt und Frankfurt am Main geschlossen werden sollen. Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, einige Erläuterungen zu dieser Entscheidung zu geben.

Die Standortstrukturreform, die das Kabinett im Dezember 2003 beschlossen hat, ist von dem Leitgedanken getragen, die Organisationsstrukturen in Hessen auf künftige Herausforderungen vorzubereiten. Im Rahmen der Operation „Sichere Zukunft“, die auf die Realisierung sämtlicher Einspar-

potentiale gerichtet ist, ist die Behörden- und Gerichtsstruktur kritisch zu überprüfen. Um einen Effizienzgewinn zu erzielen, kann hierbei eine Schließung einzelner Standorte nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Eine Konzentration der Standorte im südhessischen Raum wurde bereits von den Gremien der Verwaltungsfachhochschule selbst in die Diskussion gebracht. Die Landesregierung hatte in ihrer Entscheidung insgesamt zu beachten, dass notwendige Schließungen und Neuansiedlungen regional ausgeglichen sein müssen und auch die Eigenheiten regionaler Verhältnisse einbezogen werden müssen.

Betrachtet man allein die Organisation der Verwaltungsfachhochschule, kann festgestellt werden, dass die Entscheidung Standorte zu schließen unter Abwägung sämtlicher Argumente objektiv nachvollziehbar ist. Nach einem dramatischen Einbruch der Studierendenzahlen vor 10 Jahren haben sie sich am Fachbereich Verwaltung auf einem niedrigen Niveau eingependelt. Aufgrund der Bemühungen aller Verwaltungen, die Personalausgaben zu senken, und im Hinblick auf die demographische Entwicklung können die Zahlen wie zu Beginn der 90er Jahre mit Sicherheit nicht mehr erreicht werden. Aufgrund nachvollziehbarer betriebswirtschaftlicher Aspekte sind kleine Standorte auf Dauer nicht mehr finanzierbar und um einen optimalen Einsatz der vorhandenen Ressourcen zu ermöglichen, müssen sowohl Raumbestand und -bedarf als auch Personaleinsatz beider Fachbereiche harmonisiert werden, was eine Zusammenführung auf eine Liegenschaft bedingt. Was am Standort Gießen praktiziert wurde, ist vorbildhaft für die nord- und südhessische Region.

Nicht zuletzt wegen der strukturellen Änderungen in der Polizeiausbildung sind es vorzugsweise Polizeiliegenschaften wie die Hessische Polizeischule in Wiesbaden und die Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim am Main, die über Kapazitäten auf ressorteigenen Grundstücken verfügen. Ich bin mir sicher, dass es den Studierenden und dem Personal gelingen wird, dort „Hochschulflair“ einziehen zu lassen.

weiter auf S. 4

Editorial

Eine Analyse unterschiedlichster Daten und Fakten, wie z. B. Wohn- bzw. Dienstort der Studierenden oder auch der Lehrbeauftragten hat ein derartig differenziertes Bild ergeben, dass festzuhalten ist, dass – egal wie die Entscheidung ausgefallen wäre – sie für einen Teil der Betroffenen jeweils positive und für einen anderen weniger positive Folgen gehabt hätte. Im Hinblick auf die hohe Mobilität der Studierenden und der im Rhein-Main-Gebiet günstigen Verkehrsinfrastruktur sind die zukünftigen Abteilungen Mühlheim am Main und Wiesbaden generell mit vertretbarem Aufwand zu erreichen.

Dass es besonders schwer fällt, den Standort Frankfurt am Main, der vor gut zehn Jahren speziell auf die Bedürfnisse der Verwaltungsfachhochschule zugeschnitten wurde, zu verlassen, ist verständlich.

Vor dem Hintergrund der optimalen zentralen, damit aber auch kostenintensiven

Lage, musste die Entscheidung zu Gunsten der bereits für Ausbildungszwecke genutzten Liegenschaften in Mühlheim am Main und Wiesbaden getroffen werden. Das Vorhandensein beider Fachbereiche an nunmehr allen Standorten sehe ich nicht nur aus Synergiegründen, sondern auch im Sinne einer gegenseitigen Befruchtung als vorteilhaft an.

Ich wünsche der VFH und ihren Kunden, dass die Umzugsarbeiten reibungslos vollzogen werden können und danach die Arbeit in der gewohnten Qualität fortgesetzt werden kann. Ich werde diesen Prozess mit Interesse verfolgen.

Glienicker Thesen 2004

Allg. Thesen zum Bologna-Prozess (Tagungsergebnisse)

- Für die Bildungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes sind die Ziele des Bologna-Prozesses wie das System gestufter und modularisierter Abschlüsse, die Qualitätssicherung durch Akkreditierung und eine Flexibilisierung von Lernwegen ebenso relevant wie für den allgemeinen Hochschulbereich. Deswegen müssen im öffentlichen Dienst die Studiengänge zügig auf das gestufte System umgestellt werden. Die FHöD befürchten, andernfalls im Wettbewerb um gute Studienbewerber auf Dauer nicht mehr bestehen zu können, die Herauslösung aus dem Hochschulbereich zu riskieren und für sich und ihre Absolventen den Anschluss an den europäischen Hochschulraum zu verlieren.
- Die FHöD wollen sich diesen Anforderungen stellen. Sie stellen zugleich fest, dass einige Zielvorgaben wie die Verkürzung des Studiums, eine niedrige Dropoutquote und eine durchgehende

Praxisorientierung schon jetzt zu den Profilelementen ihrer Studiengänge zählen.

- Sie sehen den Bologna-Prozess als eine große Chance für eine durchgreifende Studienreform, in deren Rahmen die Studienangebote noch stärker von den Anforderungs- und Qualifizierungszielen her definiert werden müssen. Auch die Abnehmerseite ist daher frühzeitig in den Umgestaltungsprozess einzubeziehen.

■ Die FHöD stellen sich darauf ein, ihren Studierenden mehr noch als bisher neben dem notwendigen differenzierten Fachwissen auch System-, Methoden- und Sozialkompetenz zu vermitteln. Ihre Absolventen und Absolventinnen sollen befähigt werden, sich auf die Anforderungen einer sich schnell verändernden Verwaltung bzw. eines insgesamt im Wandel begriffenen Arbeitsmarktes einzustellen.

Inhaltsverzeichnis

Bologna – aus 2024 zurück nach 2004 Dr. Hans Schneider	1
Editorial Oda Scheibelhuber	3
Glienicker Thesen 2004	4
Aufbaustudium Polizei Karl-Heinz Reinstädt	5
Qualität der Lehre im Vergleich Dr. Gabriele Schaa	6
Zusammenarbeit der FH mit VFH	8
Wielkopolska – Region im Aufbruch Dr. Richard Merker, Lothar Mühl, Hartwig Boyan	10
Eine Chinareise Dr. Jürgen Distler	11
Gremienwahlen 2005 Günther Scheffer	13
Ehemaligentreffen in Frankfurt Julia Hecker, Britta Töpfer, Linda Pohlmann	14
Diplomierung im polnischen Jarocin Dr. Annette von Harbou	17
Innen- und Außensichten der Polizei Hermann Groß, Peter Schmidt	18
1. Studienjahr fiktiv auf hoher See Bernhard Jäger	20
Beamte: Berufung oder Vererbung? Annegret Binzel, Michael Freimuth, Sebastian Kühn, Tobias Schäfer	22
Verabschiedungen ... Dr. Jürgen Distler	24
... in den Ruhestand Heinz-Jürgen Thiele	25
Abschied von Eva-Marie von Harrach Dr. Wolfgang Hecker	26
Der Förderverein trauert Vorstand des Fördervereins	26

Aufbaustudium Polizei

Konzeption wird erstellt

Seit 1980 werden die hessischen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im Rahmen eines Studiums auf die Anforderungen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorbereitet. Die Inhalte der fachtheoretischen und -praktischen Studienabschnitte wurden in diesem Zeitraum den gesellschaftlichen, rechtlichen, taktischen und technischen Entwicklungen angepasst, die Verzahnung von Theorie und Praxis erheblich intensiviert.

Alles in allem sind unsere Kunden – die sieben Flächen- und drei Zentralpräsidien – mit unseren Absolventen sehr zufrieden; die Ausbildung befindet sich auf einem anerkannt hohen Niveau und braucht den Vergleich mit anderen Bundesländern oder Absolventen anderer Hochschulen nicht zu scheuen.

Lebenslanges Lernen

Versteht man Fortbildung als logische Weiterführung der Ausbildung (= Studium), so ist diese gerade bei Laufbahnbewerbenden und -bewerbern – die im Gegensatz zu den Aufstiegsbeamtinnen und -beamten keine Möglichkeit der Reflexion des einmal erworbenen theoretischen Wissens mehr haben – notwendiger denn je. Auch vor dem Hintergrund der Forderungen des sog. lebenslangen Lernens, das Garant für die Leistungserhaltung, -anpassung und -steigerung der Polizei ist. Insoweit soll das bisherige drei- (zwei-)jährige grundständige Fachhochschulstudium und die darauf folgende Praxisphase durch ein zweijähriges Aufbaustudium auf interdisziplinärer Grundlage weitergeführt und vertieft werden.

Zielgruppe

Zielgruppe für das Aufbaustudium Polizei (ASP) sollen Beamtinnen und Beamte sein, die sich für verantwortliche Aufgaben im gehobenen Dienst qualifizieren wollen. Die Behörden können das ASP als Element der Personalentwicklung nutzen. Ein Anspruch auf laufbahnrechtliche Konsequenzen ist damit nicht verbunden; gleichwohl wird man es im Rahmen von Beurteilungen nicht unberücksichtigt lassen können.

Nach wie vor werden die Beamtinnen und Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes an der Polizei-Führungsakademie –

zukünftig „Deutsche Hochschule für Polizei (DHPol)“ – im Rahmen eines zweijährigen Studiums qualifiziert, das voraussichtlich ab 2007 im Rahmen eines Studienganges „Master of Public Administration – Police Management“ durchgeführt wird.

Inhalte

Das ASP umfasst neben der Vermittlung von Methodenkompetenzen (Arbeitsmethodik, Recherche- und Präsentationstechniken) vier thematische Studienschwerpunkte. Deren modularer Aufbau gewährleistet die Herstellung von Interdisziplinarität und die Anpassung an aktuelle Entwicklungen. Denkbare Module wären z. B. „Rechtlicher Wandel – Rechtspolitik“, „Verkehrspolitik und -sicherheit“, „Probleme und Konflikte im Polizeidienst“, ...

Berufsbegleitendes Studium mit Zertifikat

Das ASP erstreckt sich über vier Semester (zwei Jahre). In jedem Semester wird einer der vier Studienschwerpunkte berufsbegleitend bearbeitet, vorgestellt und diskutiert. Pro Semester werden dafür rund 100 Stunden Anwesenheit (das sind bis zu zwei Studientage im Monat) erforderlich, die z. B. Freitag nachmittags und Samstags zu absolvieren wären. Die übrige Zeit wird durch eLearning, Selbststudium und Gruppenarbeit abgedeckt.

Die erfolgreiche Absolvierung des zweijährigen ASP schließt mit einem Zertifikat ab, das den Absolventen ein besonderes Bildungsstreben im Rahmen des allgemein anerkannten lebenslangen Prozesses des permanenten Lernens bescheinigt.

Das Konzept befindet sich zurzeit in der fachbereichsinternen Diskussion. Nach deren Abschluss und der Zustimmung des Landespolizeipräsidiums könnten im Rahmen eines Pilotprojektes erste Erfahrungen gesammelt werden.

KARL-HEINZ REINSTÄDT
Leiter des Fachbereichs Polizei

Qualität der Lehre im Vergleich

Ergebnisse des Pilotprojekts „Studierendenbefragung“

Seit 1999 wird in den im Benchmarkingclub (BMC) organisierten neun Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst ein einheitlicher Fragebogen zur studentischen Lehrveranstaltungs-kritik im Rahmen der Evaluation eingesetzt. Der Fragebogen ermöglicht das gemeinsame Lernen und die gegenseitige Unterstützung in allen relevanten Fragen der Planung, Durchführung und Auswertung.

Studierendenbefragungen stehen in einem übergreifenden Konzept des Qualitätsmanagements. Die Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes müssen in den nächsten Jahren ihre Studiengänge als Bachelor-Studiengänge akkreditieren lassen und darauf aufbauende Masterstudiengänge entwickeln, wenn sie weiter als Hochschule bestehen wollen. Die Akkreditierung setzt voraus, dass die verschiedenen Verfahren der internen und externen Evaluation sowie deren Instrumente eingesetzt werden und die Hochschule darüber Rechenschaft ablegt. Zur internen Evaluation gehören – neben der systematischen Erhebung von Verwaltungsdaten – die Befragung von Studierenden und Absolventen.

In diesem Zusammenhang initiierte die „Expertengruppe Evaluation“ im BMC, die auch den einheitlichen Fragebogen entwickelt hat, 2003 ein Pilotprojekt. Sieben Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes nahmen daran teil:

- Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt
- Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen
- Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel
- Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Schleswig-Holstein
- Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin
- Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen
- VFH in Wiesbaden

Ziel des Pilotprojekts „Studierendenbefragung“

Ziel des Projekts an den einzelnen Fachhochschulen – die bislang nicht die Ergebnisse organisiert ausgewertet haben – war, Stärken und Schwächen der Lehre zu identifizieren und Kennzahlen der Zufriedenheit zu gewinnen. Mit Kennzahlen wird ein Vergleich von Qualitätsaspekten zwischen einzelnen Lehrveranstaltungen, Fächern, Fachgebieten und Fachbereichen möglich.

Übergeordnet auf Ebene des BMC sollte auch die Qualität des Fragebogens überprüft und der Vergleich zwischen Fachhochschulen und Fachbereichen erprobt werden.

Anfang 2004 lagen Daten aus sieben Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes vor. Sie wurden von der Expertengruppe ausgewertet und analysiert, insgesamt fast 35.000 Datensätze. Damit ist erstmalig ein Vergleich von Qualitätsaspekten der Lehre in den verschiedenen Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes gelungen.

Die Ergebnisse zeigen, dass solche Vergleiche sinnvoll sind und zur Weiterentwicklung der Qualität der Lehre beitragen können.

Gleichzeitig hat die gemeinsame Arbeit die Voraussetzungen dafür geschaffen, Studierendenbefragungen mit hoher Qualität und geringem Aufwand durchzuführen, aussagekräftig aufzubereiten und weitere Erkenntnisse durch einen Vergleich mit anderen Fachhochschulen zu gewinnen.

Zentrale Ergebnisse der Studie

- Die Gesamtzufriedenheit mit Lehrveranstaltungen ist vor allem
 - vom Klima zwischen Lehrenden und Studierenden,
 - vom Interesse der Studierenden am Fach und
 - von einer verständlichen Vermittlung auch schwieriger Sachverhalte abhängig.
- Auf einer Skala von 0= „trifft überhaupt nicht zu“ bis 4 „trifft voll zu“ werden die Lehrenden aus den sieben an der Pilotuntersuchung beteiligten Fachhochschulen im Durchschnitt zwischen 2,8 und 3 beurteilt – das heißt die Aussagen „treffen überwiegend zu“. Dies ist insgesamt für alle ein gutes Ergebnis, vergleichbar der Schulnote 2 bis 2,2.
- Ein Viertel der Lehrenden erreicht sogar sehr gute Ergebnisse mit Mittelwerten über 3,5 und ein weiteres Viertel der Lehrenden erreicht einen Mittelwert zwischen 3,1 und 3,5 (gutes, überdurchschnittliches Ergebnis).
- Die von den Studierenden wahrgenommene „Fachkompetenz der Lehrenden“ erreicht mit 3,5 von maximal möglichen 4 den höchsten Mittelwert aller Beurteilungsaspekte. Über diese Bewertung herrscht große Übereinstimmung bei den Studierenden.

■ Defizite in der Lehre liegen in den Aspekten „Förderung des Verständnisses für fachübergreifende Zusammenhänge“ (Mittelwert von 2,4) sowie „Förderung des selbständigen Lernens“ (Mittelwert von 2,3). In diesen Punkten wird die Lehre von den Studierenden auch besonders unterschiedlich bewertet.

■ Der Gesamtkontext, in den die bewerteten Fächer und Veranstaltungen eingeordnet werden, muss als wichtige Determinante für die Urteile der Studierenden berücksichtigt werden: Das Interesse der Studierenden z. B. an rechtswissenschaftlichen Fächern ist höher als an wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Fächern, was auch zu einer höheren Zufriedenheit in dem erstgenannten Bereich führt.

■ Die Bewertung der Lehrenden ist sowohl vom Interesse am jeweiligen Fach als auch von der Einschätzung der Berufsrelevanz des Faches durch die Studierenden abhängig. Eine undifferenzierte Verwendung von Daten der Lehrevaluation zu Zwecken der Personalbewertung der Lehrenden sollte unter Beachtung dieser Ergebnisse ausgeschlossen werden.

■ Die Daten sensibilisieren dafür, dass mit Qualitätseinbußen in der Lehre gerechnet werden muss, wenn der Anteil nebenamtlicher Lehrkräfte an der Lehre überwiegt: Nebenamtliche Lehrkräfte werden in allen Aspekten der Lehre im Durchschnitt schlechter beurteilt als hauptamtliche Lehrkräfte. Allerdings sind es vor allem besonders schlechte Beurteilungen weniger Lehrbeauftragter, die das Gesamtbild wesentlich beeinflussen.

■ Im Vergleich der Fachbereiche erreichen die Lehrenden in den Fachbereichen Polizei bessere Werte als in den anderen Fachbereichen.

■ Die vorliegenden Analyseergebnisse erlauben eine Verdichtung des bisher eingesetzten Fragebogens auf wenige zentrale Aspekte der Qualität. Ein solcher Kurzfragebogen minimiert den Aufwand der Studierendenbefragung. Im Kurzfragebogen werden solche Aspekte der Qualität abgefragt, die erstens stellvertretend auch für andere Details stehen können, ohne die Aussagekraft wesentlich zu verringern sowie zweitens Aspekte, die besondere „Problembereiche“ anzeigen.

Die VFH Hessen – Fachbereich Verwaltung – im Vergleich

Die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden beteiligte sich an dem Pilotprojekt

mit Daten von Lehrveranstaltungen im Fachbereich Verwaltung, und zwar im neuen Studienmodell (Grundstudium).

Im Vergleich mit zwei anderen Fachbereichen Verwaltung verzeichnet die VFH höhere Mittelwerte in allen einzelnen Bewertungsaspekten der Lehre bis auf den Aspekt des Medieneinsatzes. „Die Lehrende oder der Lehrende setzt Medien hilfreich ein (z. B. Folien, Arbeitsblätter, Skripte)“ wurde im Durchschnitt mit 2,6 bewertet. Eine Verbesserung der methodisch-didaktischen Qualität der Lehrenden in diesem Aspekt sollte im nächsten Jahr Ziel sein, Fortbildungsmaßnahmen auf dieses Qualitätsmerkmal gerichtet werden.

Die beiden Aspekte „Förderung des Verständnisses für fachübergreifende Zusammenhänge“ sowie „Förderung des selbständigen Lernens“ sind auch an der VFH am schlechtesten bewertet worden (jeweils Mittelwerte von 2,5). In Qualitätszirkeln, zusammengesetzt aus Lehrenden und Studierenden, sollten die Ergebnisse in diesen beiden Punkten diskutiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden.

Fazit und weitere Schritte

In Hessen wird im November 2004 ein Pilotprojekt im Fachbereich Polizei durchgeführt. 2006 sollte eine Vollerhebung – mit Einbezug aller Fachbereiche, Lehrenden und Veranstaltungen – durchgeführt werden, um einen ersten objektiven und nachprüfbaren Vergleich über die Zeit zu erhalten: Gibt es auffällige Veränderungen zu den Vorjahren? Sind wir besser geworden? Wie ist der Trend?

Der Gesamtbericht der Expertengruppe ist als Einstieg in eine verstärkte Selbstreflexion und strategisches Management zu werten. Die Ergebnisse sollen nicht in erster Linie ein „Ranking“ sein, sondern zur Selbstüberprüfung und Definition von Entwicklungszielen – um einen erreichten guten Stand auszubauen und Problembereiche zu bearbeiten – anstoßen.

Mit zahlreichen Kennzahlen und den vielfältigen Vergleichen können auch die nicht am Pilotprojekt beteiligten Fachhochschulen einen Nutzen von den Ergebnissen des Pilotprojekts haben.

DR. GABRIELE SCHAA
Expertengruppe Evaluation im BMC

Die „Expertengruppe Evaluation“ im BMC legt im Oktober 2004 einen Gesamtbericht zum Pilotprojekt „Studierendenbefragung“ vor, deren zentrale Ergebnisse hier vorgestellt werden.

Der ausführliche Bericht ist über die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Schleswig-Holstein zu beziehen.

Zusammenarbeit

von allgemeinen mit verwaltungsinternen Fachhochschulen

Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst (FHöD) hat in den letzten Monaten zum Thema Zusammenarbeit ein Positionspapier erarbeitet. Spectrum gibt den Text der ersten 4 Punkte hier auszugsweise wieder (Entwurf der Entschließung der 24. MV der Mitgliedergruppe Fachhochschulen am 28.06.2004).

Punkt 5 – Chancen einer Kooperation – und Punkt 6 Empfehlungen und Perspektiven – werden im nächsten Spectrum veröffentlicht, sobald sie beschlossen und zur Veröffentlichung freigegeben sind.

Die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

„... Die Forderungen der Kritiker und dabei besonders des Wissenschaftsrates beziehen sich im Einzelnen darauf, dass folgende Strukturelemente an den meisten FHöD ganz oder teilweise nicht gewährleistet sind: der Status der Hochschulen als rechtsfähige Körperschaften, die Hauptzuständigkeit der Wissenschaftsministerien, die Fächervielfalt (Verzicht auf monofachliche Ressortfachhochschulen), die Vermeidung unterkritischer Größen, der Professorenstatus der Lehrkräfte, obligatorische Diplomarbeiten, die Einführung gestufter und modularisierter Studiengänge (BA und MA), die Öffnung für externe Studienbewerber sowie die Möglichkeit, neue Studiengänge und Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Differenzierung und Entwicklungen

In den vergangenen Jahren hat es vielfältige Entwicklungen von verwaltungsinternen Fachhochschulen zu qualitativen und strukturellen Weiterentwicklung gegeben. Die Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben als erste eine wesentliche Forderung des Wissenschaftsrates umgesetzt, indem sie ihre Fachbereiche Allgemeine Verwaltung schlossen und die entsprechenden Studiengänge als externe, also nicht mehr beamteten Studiengänge an eine bestehende allgemeine Fachhochschule verlagerten. Allerdings wurden die verbleibenden Fachbereiche Polizeivollzugsdienst in neu gegründete Polizeifachhochschulen übergeleitet. Im Unterschied dazu hat Berlin die dortige FHVR insgesamt in den Zuständigkeitsbereich der Wissenschaftsverwaltung eingegliedert und ihr in jeder Hinsicht den Status einer allgemeinen Fachhochschule verliehen. Die Fachhochschulen Ludwigsburg und Kehl in Baden-Württemberg ressortieren schon seit ihrer Gründung beim Wissenschaftsministerium und haben die vom Landeshochschulgesetz vorgesehene Struktur.

Auch in anderen FHöD wurden im Rahmen der vorgegebenen Strukturen deutliche Fortschritte vor allem im Bereich

der Studienreform, der Erweiterung der Studienangebote einschl. Master-Studiengänge und der Kooperation mit dem allgemeinen Hochschulbereich erreicht. Dies hat zu einer Differenzierung innerhalb der Gruppe der FHöD hinsichtlich Rechtsform und Größe, Ressort-Zuordnung, Status der Dozentschaft, curricularen Öffnungen sowie Einbindung in nationale und internationale Netzwerke geführt. Insbesondere bei den Studiengängen Allgemeine Verwaltung hat die betriebswirtschaftliche Wende im Nachdenken über den öffentlichen Dienst Reformbereitschaft auch in den zuständigen Verwaltungen bewirkt und zu neuen Studienangeboten im Bereich von Verwaltungsbetriebswirtschaft und Public Management geführt. Im Bereich der Polizeiausbildung hat die Etablierung einer empirischen Polizeiwissenschaft ein wesentliches Standbein in den Fachbereichen bzw. Fachhochschulen für die Polizei gefunden, und die Europäisierung von Kriminalität und Kriminalitätsverfolgung hat zu interessanten Ansätzen einer Öffnung der Polizeiausbildung für internationale Kooperationen (z. B. Auslandspraktika) geführt, die noch vor wenigen Jahren schwer vorstellbar waren.

Insgesamt ist festzustellen, dass die FHöD kein monolithischer Block mehr sind, sondern dass zwischen ihnen eine Differenzierung stattgefunden hat, die hinsichtlich der Kriterien „Kompatibilität mit dem allgemeinen Hochschulen“ durch eine typisierende Einteilung in drei Gruppen beschrieben werden kann:

FHöD,

- die den allgemeinen Fachhochschulen hinsichtlich der hochschulgemäßen Strukturen nahe kommen, da sie sich den neuen Hochschulentwicklungen einschließlich dem Bologna-Prozess stellen und enge Kooperationen mit dem allgemeinen Hochschulbereich pflegen,
- die in einer Annäherung an den allgemeinen Hochschulbereich eine grundlegende Zukunftsorientierung sehen, worin sie sich aber durch die enge Bindung an bzw. Abhängigkeit von Ihren Aufsichtsbehörden nicht oder nur unzureichend unterstützt sehen,

■ die sich im traditionellen und engen Sinn als Ressorthochschulen verstehen und eine Übernahme von Standards des allgemeinen Hochschulbereichs nicht als zielführend erachten.

Übergeordnete Trends

1. Im öffentlichen Dienst ist die Zahl der zu besetzenden Beamtenstellen, zumindest im Bereich des Verwaltungsdienstes, aus verschiedenen Gründen rückläufig: Aufgabenwandel, Privatisierung öffentlicher Betriebe, Outsourcing von Dienstleistungen, haushaltsbedingter Stellenrückbau. Dies und andere strategische Wendungen in der Personalpolitik sowie die Tendenz, Anwärterbezüge für Studierende der FHöD in Frage zu stellen, führen dazu, dass Bedarf und Nachfrage für klassische Verwaltungsstudiengänge im Beamtenstatus zurückgehen und z. T. durch allgemein zugängliche Studiengänge ersetzt werden.

2. Zugleich vollzieht sich ein Prozess der partiellen Neuausrichtung von Qualifikations- und Anforderungsprofilen durch die Praxis. Dies erfordert, dass neben den klassischen, auf den Verwaltungsgeneralisten zielenden Studiengängen, auch solche mit stärkerer Inhalts- bzw. Ressortorientierung erforderlich werden. Dieser Professionalisierungsschub führt auch zu neuen Anforderungen innerhalb der bestehenden Studiengänge hinsichtlich wissenschaftlicher und fachlicher Methodik. ...

3. Schließlich macht der Bologna-Prozess mit seiner Forderung nach kürzeren und effizienter genutzten Studienzeiten deutlich, dass die entsprechenden Kennwerte (Studiendauer, geringere Dropout- und höhere Erfolgsquote) bereits jetzt schon auch für die Studiengänge an FHöD maßgebend sind. Darüber hinaus bedingen die zentralen Bologna-Forderungen nach neuen Abschlüssen und der Akkreditierung aller Studiengänge grundsätzliche Reformen an den FHöD.

Vorbehalte der allgemeinen Fachhochschule und Forderungen an die FHöD

Die Vorbehalte des allgemeinen Fachhochschulbereichs gegenüber den FHöD beziehen sich darauf, dass diese in ihrer überwiegenden Mehrheit zwar de nomine und angesichts bestehender Gesetze und Anerkennungsbescheide auch de jure Hochschulen sind, dass sie aber de facto teilweise den wesentlichen Kriterien eines

materiellen Hochschulbegriffs nicht genügen, wie ihn das Hochschulrahmenrecht vorgibt. Aufgrund der Namensgleichheit belasten sie daher den allgemeinen Fachhochschulbereich, soweit sie als dessen Teilmenge mit ihm identifiziert werden. Im Prozess der Positionsbestimmung der allgemeinen Fachhochschulen im nationalen und internationalen Hochschulkontext besteht daher die Tendenz, solange Distanz zur Gruppe der FHöD zu wahren, wie diese als Gruppe bzw. in ihrer Mehrzahl die konstitutiven Merkmale von Hochschulen nicht erfüllen.

Das bedeutet, dass die Mitgliedergruppe FH in der HRK eine Aufnahme von FHöD nur im Einzelfall akzeptieren kann, wenn – wie bei der FHVR Berlin – die bisher gültigen Aufnahmekriterien von der einzelnen Hochschule erfüllt werden:

- rechtlicher Status mit gesicherter Entscheidungsautonomie (Körperschaft, Stiftung ö. R. oder vergleichbare Struktur)
- Selbstverwaltungsrecht, insbesondere Recht, die Leitung der Hochschule selbst zu wählen
- Beschränkung der staatlichen Aufsicht als eine Rechtsaufsicht
- Recht der Entscheidung über die Ergänzung des Lehrkörpers
- Professorenstatus als Regelstatus der hauptamtlich Lehrenden
- Offenheit für Studienbewerber ohne Anwärterstatus
- Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Studien- und Prüfungsordnungen
- in das Studium integrierte Diplomarbeit
- Recht zur Erteilung akademischer Grade.

Die Vorbehalte des allgemeinen Fachhochschulbereichs gegenüber den FHöD beziehen sich ausdrücklich nicht auf die Qualität ihrer Lehre und Forschung, sondern auf die Qualität der Strukturen, in denen diese stattfinden und die ihrerseits Rückwirkungen auf die längerfristige Sicherung der Qualität und die Entwicklung der Angebotsstrukturen zeigen.“

*INTERNES PAPIER –
BESCHLUSSFASSUNG STEHT NOCH AUS*

Wielkopolska – Region im Aufbruch

Abteilung Kassel baut Kontakte nach Polen aus

„Polen auf dem Weg in die Europäische Union“ so lautete der Titel eines Seminars, das im Fachbereich Verwaltung der Abteilung Kassel im vergangenen Jahr überraschend auf reges Interesse stieß. Rund ein halbes Jahr setzten sich hier Studierende und Fachhochschullehrer intensiv mit historischen, politischen, administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Facetten des Nachbarstaates auseinander. Es entstand dabei der Wunsch, sich nachfolgend im Rahmen eines Projektes vertiefend mit einzelnen Aspekten deutschpolnischer Zusammenarbeit zu beschäftigen und der hessischen Partnerregion Wielkopolska (Großpolen) einen Besuch abzustatten.

So kam es, dass sich Mitte August eine Gruppe von Studierenden und Fachhochschullehrern per Zug in Richtung Poznan (Posen), der Hauptstadt der Partnerregion, in Bewegung setzte.

Die Wojewodschaft (hier frei mit dem Begriff „Region“ übersetzt) Wielkopolska liegt in Westpolen und hat eine Größe von rd. 30.000 km² sowie fast 3,4 Mio. Einwohner. Um die 60% der Bevölkerung leben in Städten, von denen Poznan mit rd. 600.000 Einwohnern die größte ist.

Anspruchsvolles Programm

Bereits früh war der Kontakt zum Marshallamt der Wojewodschaft aufgebaut worden, das in der Region die Aufgaben der regionalen Selbstverwaltung wahrnimmt. Die von dieser Seite geleistete Unterstützung bei der Planung und Durchführung der Studienfahrt muss als vorbildlich bewertet werden.

Auf dem Programm unseres viertägigen Aufenthaltes standen zahlreiche Besuche bspw. bei Behörden der regionalen Selbstverwaltung (Marshallamt), der staatlichen Verwaltung (Wojewod-

schaftsamt) sowie der Kommunalverwaltung. Dort, wie auch beim Besuch polnischer und deutscher Unternehmen in der Region kam es zu interessanten Besichtigungen, Vorträgen und Diskussionen.

Daneben fand ein interessantes Treffen mit Studierenden des Europaclubs der Adam Mickiewicz Universität in Poznan statt. Die Studierenden stellten „ihre“ Hochschule vor und organisierten ein zwangloses abendliches Treffen, das von unserer Gruppe gerne aufgegriffen wurde.

Kooperationsmöglichkeiten

Am Tag vor der Abreise stand ein Besuch der nördlich von Poznan gelegenen Stadt Piła (ehemals Schneidemühle) auf dem Programm. Der Besuch galt hier der Fachhochschule für Ökonomie, die über einen Fachbereich Verwaltung verfügt. Ziel war es, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu erkunden.

Die Fachhochschule für Ökonomie als auch die Regionalregierung zeigten sich im Rahmen des Treffens sehr interessiert an einer Kooperation. Dies wurde auch durch die Anwesenheit des Vize-Marshalls der Region Wielkopolska

bei dem Treffen dokumentiert. Es wurden weitere Gespräche der Abteilung Kassel mit dem Vorstand der Fachhochschule in Piła über die möglichen Inhalte einer Kooperation vereinbart.

Die Teilnehmer der Studienfahrt zeigten sich während der Fahrt beeindruckt von der außerordentlichen Gastfreundschaft, die ihnen von allen Gesprächspartnern entgegengebracht wurde.

Darüber hinaus verbleibt als prägender Eindruck aus der Sicht der Fahrtteilnehmer die überall spürbare Aufbruchstimmung. Im Rahmen der offiziellen wie inoffiziellen Treffen machte sich immer wieder der Eindruck breit, dass der Beitritt zur europäischen Union als Chance und Herausforderung begriffen wird.

Sämtliche Gesprächspartner zeigten sich wohl informiert über die Europäische Union und den westlichen Nachbarn. Auch politisch brisante Themen (bspw. die derzeitige Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebenenverbände) wurden offen angesprochen.

Die Studienfahrt war für alle Teilnehmer eine erfolgreiche Veranstaltung. Hierbei muss auch den



Der historische Altmarkt im Zentrum von Poznan (© T. Freitag 2004)

Studierenden ein Lob ausgesprochen werden: Sie waren allzeit präsent und beeindruckten Gesprächspartner durch fundiertes Wissen sowie sachkundige Fragen bezüglich Polen und der Partnerregion Wielkopolska. Die Fahrt forderte hierbei den Studierenden neben der vollen Kostenübernahme viel Engagement ab. Freizeit war absolute Mangelware. Trotzdem waren die Rückmeldungen der Teilnehmer durchweg sehr positiv.

Perspektiven

Aus der Sicht der VFH ist die Studienfahrt und die beginnende Zusammenarbeit der Abteilung Kassel mit einer polnischen Hochschule ein Ansatz, die bisher vornehmlich national geprägte Perspektive der Verwaltungsbildung zu erweitern. Dies gilt umso mehr, wie europäisches Recht schon jetzt das Handeln der Verwaltungen auf der Kommunal- und Landesebene erheblich beeinflusst.

Dies macht notwendig, dem europäischen Gedanken verstärkt in der Ausbildung Rechnung zu tragen. Hierzu gehört jedoch auch, ein richtiges Bild von den europäischen Partnern zu erhalten. Gerade dies kann in besonderem Maße durch Studienfahrten und Praktika im europäischen Ausland vermittelt werden.

*DR. RICHARD MERKER,
LOTHAR MÜHL,
HARTWIG BOYAN
FB Verwaltung, Kassel.*

Eine Chinareise

Seitens der Volksrepublik China besteht spürbarer Informations- und Orientierungsbedarf hinsichtlich des Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems der Bundesrepublik. Besonders auf der Managementebene der im Sozialismus allzuständigen Verwaltung – unterhalb der politischen Führung – besteht der Wunsch, hiesige Strukturen, Rahmenbedingungen und Reformprozesse im Rahmen von Kompaktseminaren kennen zu lernen.

Lehrende der VFH haben im September 2003 in Frankfurt am Main ein Pilotseminar durchgeführt, das von allen Beteiligten als gelungen bewertet wurde. Als Echo und Beleg für die fachliche Kompetenz der VFH folgte eine Besuchseinladung mit dem Ziel, die VFH in Form ihrer beiden Fachbereiche hochrangigen Entscheidungsträgern in der Hauptstadt und weiteren



Provinzzentren vorzustellen und Kontakte zu vergleichbaren Hochschulen zu knüpfen. Teilnehmer der VFH-Delegation waren Elke Matthäi aus dem Fachbereich Polizei, Dr. Jürgen Volz aus dem Fachbereich Verwaltung und der Rektor. Zu Beginn der einwöchigen Reise wurden in Beijing Gespräche mit den wichtigsten Stellen für internationale Bildungsbeziehungen, dem Ministerium für öffentliche Sicherheit und der deutschen Botschaft geführt. In Hefei und Huangshan (Provinz Anhui) fanden intensive Kontakte mit der dortigen Verwal-

tungshochschule und dem dortigen zentralen Personaldepartment statt. In der Metropole Hangzhou waren Gesprächspartner die Verwaltungshochschule der Provinz Zhejiang, der Bürgermeister sowie die Behörde für internationale Beziehungen. Endpunkt der Reise war die Metropole Shanghai.

Als Rückblick auf die klimatisch und programmatisch anstrengende Reise kann gelten:

- Die VFH hat eine gern akzeptierte „Visitenkarte“ abgegeben.
- Ein – kleiner – Beitrag zu der von der Landesregierung gewünschten Vertiefung der chinesisch-hessischen Beziehungen konnte geleistet werden.

*DR. JÜRGEN DISTLER
Rektor der VFH*



Anzeige S. 12

Gremienwahlen 2005

Die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden ist immer noch eine „nichtrechtsfähige Anstalt des Landes“ (§ 1 Abs. 1 VerwFHG) – das bereits seit langem angestrebte Ziel, Körperschaft zu werden – wie alle anderen Hochschulen in Hessen – konnte bis heute nicht erreicht werden. Körperschaftliche Elemente enthält jedoch bereits das geltende, aus dem Jahr 1979 stammende Verwaltungsfachhochschulgesetz: nämlich Gremien, die es an Anstalten üblicherweise nicht gibt. Die Amtszeit der Mitglieder dieser Gremien – es handelt sich um die Fachbereichsräte und den Senat – ist auf drei Jahre befristet. Im April 2005 läuft die Amtszeit der gegenwärtig gewählten Gremienmitglieder aus. Es sind daher Neuwahlen vorzubereiten. Der Senat wählt einen Wahlvorstand, der den Wahltermin und die Wahlbekanntmachung beschließt. Im Frühjahr 2005 wird dann gewählt.

Die Mitglieder der Fachbereichsräte und des Senats sind neu zu wählen. Alle Angehörigen der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden können daran teilnehmen: Aktiv, indem sie sich an der Stimmabgabe beteiligen oder passiv, indem sie selbst kandidieren.

Nach dem Modell der Gruppenhochschule sind alle an der VFH vertretenen Gruppen in den Gremien repräsentiert:

- Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer,
- Lehrbeauftragte,
- Studierende und
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Gremien haben Betätigungsfelder, in denen sich Gestaltungsmöglichkeiten für die Hochschule und ihre Angehörigen entfalten lassen. Es kann daher reizvoll sein, sich hier als Vertreter einer Gruppe kreativ einzubringen.

Der Fachbereichsrat ist für alle Angelegenheiten des Fachbereichs und vor allem für folgende Aufgaben zuständig:

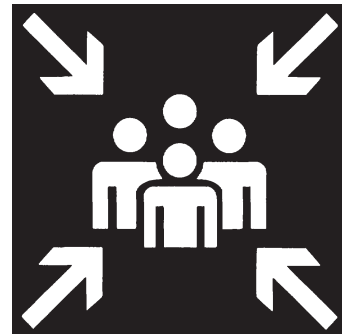
- Studienordnung,
- Vorschläge für die Einstellung von Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer,
- Vorschläge für die Vergabe von Lehraufträgen,
- Vorschläge für Fortbildungsveranstaltungen,
- Beschluss über den Vorschlag zur Bestellung der Fachbereichsleiterin oder des Fachbereichsleiters.

Der Senat berät und beschließt über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die für die gesamte VFH erheblich sind. Dazu gehört insbesondere:

- Erlass der Grundordnung,
- Beschluss über den Vorschlag für die Bestellung des Rektors,
- Koordinierung der Lehr-, Studien- und Prüfungsangelegenheiten der Fachbereiche,
- Stellungnahme zu den Studienordnungen,
- Erlass der Studienvorschriften,
- Stellungnahme zu den Einstellungsvorschlägen für Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer,
- Vorschläge für die weitere Entwicklung der VFH.

Es wäre wünschenswert, wenn gerade in Zeiten, in denen wesentliche Veränderungen anstehen, durch eine hohe Wahlbeteiligung (aktiv und passiv) das Interesse an der VFH und ihrer Weiterentwicklung dokumentiert wird. Damit könnte eindrucksvoll der Stellenwert der internen Meinungsbildung und die Position der VFH im Bereich der Hochschulen deutlich gemacht werden.

GÜNTHER SCHEFFER
Kanzler und Wahlleiter



Impressum Ausgabe 2/04

SPECTRUM

Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

Herausgeber

Der Rektor in Verbindung mit dem „Förderverein der VFH e.V.“

Redaktionsleitung

Günther Scheffer

Text- und Bildredaktion

Thomas Börner, Georg Brandt, Michael Liesch, Martina Mager-Weber, Dr. Gabriele Schaa, Günther Scheffer

Redaktionsanschrift

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden

Herstellung, Layout, Satz

Studio Oberländer, Auflage 2000

Druck

REHA-Druck Wiesbaden

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos, Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten. Abdruck, auch auszugsweise nur mit

Genehmigung der Redaktion (Copyright).

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen (Haftungsausschluss). Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen in Verantwortung des Autors. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Artikel zu kürzen.

ISSN: 432-8518

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe 1/2005: 01.02.2005

Ehemaligentreffen in Frankfurt

Ein unvergessliches Sommerfest

Das Sommerfest mit einem ersten Ehemaligentreffen der VFH (Fachbereich Verwaltung) am 3. September 2004 in Frankfurt war ein voller Erfolg. Bei schönstem Wetter mit Sonnenschein, blauem Himmel und sommerlichen Temperaturen fand das Fest im angrenzenden Park, auf der Cafeteriaterrasse und in den Räumlichkeiten der Abteilung statt.

Mit einer tollen Dekoration und einer vielfältigen Bewirtung sowie einer Tombola wurde ausreichend für das leibliche Wohl und die Unterhaltung der Gäste gesorgt. Nicht nur ehemalige Studierende, sondern gleichermaßen ehemalige (Peter Gola und Claus Ufermann) wie auch aktuelle Dozenten konnte man unter den Gästen finden. Begrüßt wurden unsere über 150 Gäste von der leitenden Dozentin dieses Projektes

Dr. Gabriele Schaa, dem Abteilungsleiter Frankfurt Dr. Wolfgang Hecker, der Frankfurter Stadträtin Frau Haindl sowie eine der Projektgruppenleiterinnen Madlen Schrey.

Der schöne Tag wurde von allen genutzt um sich wieder zu finden, ins Gespräch zu kommen, über Vergangenes zu lachen und sich nach der Zukunft zu erkundigen. Leider wird es wohl das erste und letzte Fest rund um das schöne Gebäude in der Gutleutstraße sein.

Inhalt des Projektes war nicht nur die Organisation des Ehemaligentreffens, sondern auch – und vor allem – eine Absolventenbefragung. Erste Ergebnisse dieser Untersuchung wurden während des Sommerfestes präsentiert. Dafür wurden 850 Fragebogen mit über 50 Fragestellungen ausgewertet,

welche einen allgemeinen Überblick über das Studium an der VFH und dem Verbleib der ehemaligen Studierenden geben. So wurde unter anderem nach den Kompetenzen der Lehrenden, dem Praxisbezug, sowie nach dem aktuellen Berufsleben gefragt. Diese Ergebnisse wurden in einem Bericht zusammengefasst und einzelne

nahmen die Suche nach einem passenden Termin für das Sommerfest sowie die anfängliche Planung. In diesem Jahr wurde die Projektgruppe durch die Teilnehmer aus dem Studienjahrgang 2002 erweitert. Die neue Teilprojektgruppe übernahm die Auswertung der rücklaufenden Fragebogen und deren Umsetzung in Bericht und Präsentation.

Gemeinsam führten alle die Planung des Sommerfestes fort und entwickelten die Aufgaben im Detail. Dabei bestand oftmals die Schwierigkeit, die vielen unterschiedlichen Ideen und Meinungen aufzugreifen, zu beratschlagen und umzusetzen. Auch Sponsoren wurden gesucht und gefunden!

Nach vielen Projekttreffen ging es dann nach den Sommerferien in die heiße Phase. Der Festtermin

nahte, alle packten mit an, Theken und Bänke schleppen, aufbauen und dekorieren. Dabei lief die gesamte Projektgruppe zu ungeahnten Höchstleistungen auf und erreichte auch ihre Grenzen. Obwohl in der Planung oftmals bezweifelt, wurde der Tag ein voller Erfolg.

Ergebnisse der Befragung, die Präsentation und Bilder vom Sommerfest können im Internet abgerufen werden.

Das Sommerfest selbst dauerte bis in die Dunkelheit. Alle waren sehr zufrieden und sind froh dieses Projekt so erfolgreich abgeschlossen zu haben.

JULIA HECKER, BRITTA TÖPFER,
LINDA POHLMANN
FB Verwaltung, Frankfurt am Main



Vorbereitungsarbeiten zum Sommerfest

Inhalte in einer Power-Point-Präsentation grafisch umgesetzt. Dabei ergab sich ein durchweg positives Bild der VFH, welches den Besuchern gerne gezeigt und gleichzeitig durch das tolle Fest noch unterstrichen wurde.

Organisiert wurde das Sommerfest von einer Projektgruppe, die sich – im Rahmen der durch das Curriculum vorgegebenen Projektwahl – aus zwei verschiedenen Jahrgängen bildete. Insgesamt waren an diesem Projekt „Sommerfest 2004 und Befragung der Ehemaligen“ 29 Studentinnen und Studenten beteiligt. So entwickelten die Teilnehmer des Jahrganges 2001 bereits im Vorjahr zusammen mit Dr. Gabriele Schaa und Wilfried Weiss den Fragebogen, wickelten dessen Versendung ab und über-



Anzeige S. 16

Diplomierung im polnischen Jarocin

Anfang Juli erhielt unser Rektor, Dr. Distler, eine Einladung zur Diplomierungsfeier der privaten Verwaltungs- und Wirtschaftsfachhochschule „Wiekopolska Wyzsza Szkoła Humanistyczna – Ekonomiczna (WWSHE)“ für den 10. Juli ins polnische Jarocin in der Nähe von Posen.

Städtepartnerschaft Jarocin – Schlüchtern

Hintergrund war eine Begegnung unseres Lehrbeauftragten, Herrn Müller-Marschhausen, mit dem Rektor der WWSHE im Rahmen einer Städtepartnerschaftsveranstaltung seiner Heimatstadt Schlüchtern im Herbst 2003 in Jarocin.

Da am 10. Juli 2004 die Diplomierungsfeier beim Fachbereich Polizei der VFH in Wiesbaden stattfand, war Dr. Distler leider verhindert und delegierte die Wahrnehmung dieses Termins an uns, den Auslandsbeauftragten der VFH, Herrn Prillwitz und Frau Dr. v. Harbou (beide Abt. Gießen).

Die Anreise per Bahn nahm ca. 14 Stunden in Anspruch und bot bereits einen kleinen Einblick in das Leben in Polen kurz nach dem EU-Beitritt.

Gegen Abend in Jarocin angekommen, stellten wir fest, dass es sich um ein Landstädtchen mit ca. 40.000 Einwohnern handelt, das in eine idyllische, überwiegend agrarisch genutzte Umgebung eingebettet ist.

Vom Bahnhof wurden wir in wenigen Minuten zur Hochschule gefahren, die sich in einem schmucken Gebäude inmitten eines liebevoll angelegten Rosengartens ganz zentral in der Stadt befand.

Im Treppenhaus machten wir bereits Bekanntschaft mit der gesamten Professorenschaft der Hochschule, die in malerischen Talaren von großformatigen Fotos auf uns herab schauten.

Empfangen wurden wir vom Kanzler und mehreren Dolmetsche-

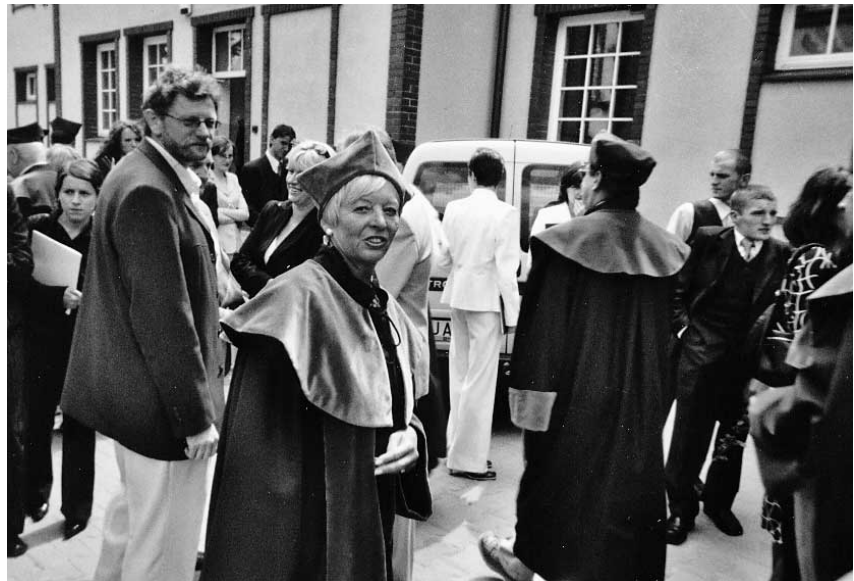
rinnen. Von dort ging es weiter zu einem aufwändig restaurierten Landschlösschen am Stadtrand, das für Repräsentationszwecke, als Gästehaus, aber auch zur Abnahme der mündlichen Diplomprüfungen genutzt wird. Die letzten Prüfungen waren noch im Gange als wir ankamen – immerhin bereits gegen 20.00 Uhr.

Zum Abendessen im Festsaal waren dann auch der Rektor der Hochschule, Dr. Smolenski und eine

anschließen, wo die ebenfalls in Talare gekleideten Diplomandinnen und Diplomanden und ihre Gäste bereits warteten.

Die Diplomierung verlief in sehr traditioneller Atmosphäre.

Anschließend lud der Rektor die Festgesellschaft zu einem Essen in Räume und Garten der Hochschule ein, zu dem später auch verschiedene Vertreter des öffentlichen Lebens in Jarocin sowie Bürgermeister Martuzalski stießen.



Diplomierungsfeier im Samttalar

vierköpfige ukrainische Delegation zugegen und wir konnten die sprichwörtliche polnische Gastfreundschaft bis tief in die Nacht genießen. Höhepunkt war ein Feuerwerk, das Dr. Smolenski eigenhändig für uns im Schlosshof veranstaltete.

Die Diplomierungsfeier

Am nächsten Morgen fand um 10.00 Uhr die Diplomierungsfeier („Absolutorium“) für 250 Absolventen und ihre Angehörigen in einer Turnhalle in Jarocin statt.

Wir mussten dazu – wie alle teilnehmenden Professorinnen und Professoren – Samttalare mit passendem Barett anlegen und uns dem feierlichen Einzug in die Halle

Bei der abschließenden Abendveranstaltung äußerten Dr. Smolenski wie auch die ukrainischen Gäste den Wunsch nach partnerschaftlichen Kontakten bzw. einem Austausch mit der VFH in Wiesbaden.

Wir danken unseren polnischen Gastgebern für ihre großzügige Gastfreundschaft und hoffen auf einen baldigen Gegenbesuch in Wiesbaden und Gießen.

*DR. ANNETTE VON HARBOU
FB Verwaltung, Frankfurt*

Anzeige S. 18

Innen- und Außensichten der Polizei

Drei Tage lang befassten sich im Rahmen der in Frankfurt am Main stattfindenden Tagung „Empirische Polizeiforschung“ Polizeiwissenschaftler und -praktiker mit der Frage, wie die Polizei sich selbst sieht, wie sie gesehen werden möchte und wie sie von außen (z. B. von der Bevölkerung) gesehen wird.

Unter der Leitung von Hermann Groß und Peter Schmidt wurde das facettenreiche Thema von 15 Referentinnen und Referenten aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln – aufgrund verschiedenster Motivationslagen – und mit teilweise überraschenden Ergebnissen beleuchtet.

Neben einem Blick auf das Erscheinungsbild der Polizei in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts standen vor allem zwei Perspektiven im Vordergrund der teilweise zu intensiven Diskussionen anregenden Vorträge: Die Polizei im Blick der Bürger (insbesondere bei Jugendlichen) sowie die Darstellung polizeilicher Arbeit in den Medien (nach außen) und innerhalb der eigenen Organisation (nach innen).

Forschung in der Hessischen Polizei

Den nachhaltigsten Akzent der Tagung setzte der hessische Landespolizeipräsident Norbert Nedela. In seinem Grundsatzvortrag zu den Erwartungen an eine empirische Polizeiforschung brachte er sowohl die persönliche Wertschätzung als auch die durch die politische Ebene anerkannte und unterstützte Notwendigkeit polizeilicher und polizeibezogener Forschungsarbeit deutlich zum Ausdruck. Herr Nedela reklamierte jedoch auch das Erfordernis einer gemeinsamen „Sprachebene“ von Wissenschaft und Praxis: Forschungsergebnisse müssten nicht nur grundsätzlich stimmig und nutzbringend sein, sie müssten vor allem von denen verstanden werden, die daraus Ziele und Maßnahmen ableiten sollen. Dies

sei aus seiner Sicht nicht immer der Fall. Als richtungweisenden Schritt bezeichnete er die bevorstehende Einrichtung einer kriminalistisch-kriminologischen Forschungsstelle (KKFS) beim Hessischen Landeskriminalamt (HLKA). Wenngleich diese neue Organisationseinheit in die aktuelle haushaltmäßige Landschaft passen müsse und dadurch große finanzielle Kraftakte zu unterbleiben hätten, erwarte er bereits frühzeitig nach der erforderlichen Aufbau- und Findungsphase die Bearbeitung übertragener und selbst initiiertester Projekte, die Beratung der Dienststellen bei eigenen Projekten sowie die Lösung der bereits erwähnten „Übersetzungsprobleme“, d. h. des verlustfreien Transfers wissenschaftlicher Ergebnisse bis auf die polizeiliche Arbeitsebene. Dabei sollen zukünftig auch die Forschungskapazitäten der Verwaltungsfachhochschule im Hinblick auf die empirische Polizeiforschung stärker genutzt werden.

Im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (LPP)



Im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (LPP)

Evaluation

Die Befragung der insgesamt fast fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet ergab vor allem eine positive Bewertung von Tagungsablauf und -atmosphäre sowie der perspektivenerweiternden Themenauswahl. Die Möglichkeiten zu ernsthaften und engagierten Diskussionen wurden intensiv genutzt, wenngleich sich einige dafür noch mehr Raum wünschten.

So war es kein Wunder, dass auch das Rahmenprogramm der Tagung, das neben einer Autorenlesung auch eine Besichtigung des Polizeipräsidioms in Frankfurt am Main mit anschließendem Ausklang in typisch frankfurterischem Ambiente beinhaltete, zum umfangreichen Austausch persönlicher Ansichten, Meinungen und Standpunkte diente.

Es geht weiter ...

Die Planungen für die Tagung im nächsten Jahr nehmen schon konkrete Gestalt an: Tagungsort wird Bremen sein, thematisch stehen Erfolgskontrollen in der Polizei im Fokus der wissenschaftlichen Betrachtung.

Die Vorträge der diesjährigen Tagung werden zum Jahresende in einem Tagungsband der Schriftenreihe zur Empirischen Polizeiforschung im Verlag Polizei & Wissenschaft veröffentlicht.

Für weitere Fragen oder Anregungen zur Tagung und zur Empirischen Polizeiforschung stehen beide Organisatoren gerne zur Verfügung.

HERMANN GROSS
FB Polizei, Mülheim

PETER SCHMIDT
Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport (LPP)

1. Studienjahr fiktiv auf hoher See

Vom 22.03. bis 02.04.2004 absolvierten 14 Ratsanwärterinnen und Ratsanwärter des Bundeskriminalamt und des Landes Hessen im Rahmen ihres 1. Studienjahres ein Seminar der VFH mit dem **Leitthema „Stabsarbeit“**.

Höhepunkt der Veranstaltung war ein zweitägiges Stabstraining, das in der Übungsbefehlsstelle der Hessische Polizeischule mit Dr. Stefan Strohschneider vom Institut für Theoretische Psychologie an der Universität Bamberg durchgeführt wurde. Der Privatdozent beschäftigt sich seit Jahren wissenschaftlich mit dem Phänomen des Krisenmanagements bzw. des Entscheidens in kritischen Situationen. Auf der Grundlage seiner Studien entwickelte er ein rechnergestütztes **interaktives Trainingsprogramm für „Krisenstäbe“** im weitesten Sinne. In der Vergangenheit wurden mit der Computersimulation mehrere Übungen bei Betrieben der chemischen Industrie, Großkliniken sowie der Luftfahrt durchgeführt. Bei der Polizei kam das Programm bisher nur beim Ständigen Stab des Polizeipräsidenten Dortmund zur Anwendung. Alle bisherigen Trainingsergebnisse werden zurzeit im Rahmen einer Diplomarbeit an

1. Studienjahr an der VFH

Seit dem 01.09.2002 wird das erste Studienjahr für den höheren Polizeivollzugsdienst in der Verantwortung des Fachbereiches Polizei der VFH durchgeführt.

Nachdem der Masterstudiengang „Public-Administration – Police Management“ an der Polizei-Führungsakademie in Münster (ab 2008 „Deutsche Hochschule für Polizei, DHPol“) akkreditiert wurde, ist vorgesehen, ab voraussichtlich 01.10.2007 das erste Studienjahr nach neuem Master-Curriculum durchzuführen.

Die Planungen zur Umsetzung sind in vollem Gange; zurzeit werden im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Empfehlungen des Akkreditierungsrates eingearbeitet sowie die Module für das zweijährige Studium abschließend erarbeitet.

der Uni Bamberg wissenschaftlich ausgewertet.

Die Szenerie des Übungsprogramms bildet ein **altes unter panamesischer Flagge fahrendes Kreuzfahrtschiff** namens „MS Antwerpen“. Das Schiff bietet Platz für 300 Passagiere und 193 Besatzungsmitglieder. Auch wenn die Computersimulation den Teilnehmern nicht die vollständige Erlebniswelt eines virtuellen Schiffes bieten kann, so berücksichtigt sie doch alle wesentlichen strukturellen und technischen Aspekte.

Zu Beginn wurden die Ratsanwärterinnen und Ratsanwärter in zwei Gruppen aufgeteilt; die eine stellte die Übungsteilnehmer, die andere nahm die Aufgaben der Übungsbeobachter wahr. Jedem Teilnehmer wurde eine für den Betrieb eines Kreuzfahrtschiffes wesentliche Funktion (Kapitän, 1. Offizier, Schiffsarzt, 1. Ingenieur, Chefsteward usw.) zugewiesen. Alle Besatzungsmitglieder erhielten vor der ersten Fahrt eine kurze seemännische Unterweisung sowie eine präzise Beschreibung ihrer jeweiligen rollenspezifischen Aufgaben.

Auch die Beobachter wurden vor Übungsbeginn entsprechend gebrieft. Jeder hatte während des Trainings gezielt auf bestimmte Parameter (z. B. Zielorientierung der Teilnehmer, Informationsverarbeitung, Kommunikation, Visualisierung etc.) zu achten und seine Feststellungen zu dokumentieren.

Die Übungsleitung nahm Herr **Dr. Strohschneider** wahr, der von einer Doktorandin sowie einer Diplomandin unterstützt wurde.

Nun stand der Fahrt der MS Antwerpen durch den Nordatlantik nichts mehr entgegen. Alle Lagemeldungen und Funksprüche wurden der Besatzung über einen alten, permanent lärmenden Nadeldrucker, der auf dem Stabstisch platziert war (damit sollte die für Befehlsstellen typische Geräuschkulisse geschaffen werden), übermittelt. Die Reaktionen bzw. Maßnahmen mussten handschriftlich abgefasst und der Übungsleitung übermittelt werden, die diese dann zur Fortschreibung des Planspiels in den Computer eingab.

Während die Schiffscrew bei ihrer „Jungfernfahrt“ zu großen Teilen noch damit beschäftigt war, das Schiff zu verstehen, es zu steuern und sich als Team vernünftig zu organisieren, wurden sie bereits mit den ersten Szenarien konfrontiert. So kam es z. B. zu Gesundheitsproblemen, technischen Störungen, Unwettern usw. Die zunehmend akuter werdenden Krisensituationen mündeten nach gut dreistündiger Fahrt in einer Katastrophe, die den Untergang des Schiffes und den Tod von über 90 Menschen zur Folge hatte. Dieser „Misserfolg“ war jedoch fast unvermeidbar und ist gewissermaßen sogar Bestandteil der Übung, da das Programm gerade bei der ersten Fahrt, im Sinne einer erzieherischen Maßnahme, auf Schwachstellen gezielt mit „sanktionierenden“ Szenarien reagiert.

Zum Abschluss des ersten Trainingstages wurde eine Fehleranalyse durchgeführt; die Studierenden bildeten drei Arbeitsgruppen, die sich paritätisch aus Teilnehmern und Beobachtern zusammensetzten. Die Ergebnisse wurden in der Seminargruppe präsentiert und diskutiert.

Den folgenden Vormittag nutzte Herr Dr. Strohschneider zu einer Vorlesung über die **theoretischen Grundlagen des Krisenmanagements**. Unter anderem wurden anhand historischer Beispiele, wie die Antarktisexpeditionen von Amundsen und Scott, die für den Erfolg bzw. Misserfolg oft ausschlaggebenden Faktoren erläutert. Wissenschaftliche Auswertungen belegen, dass neben der richtigen Strategie und Taktik auch die häufig unterschätzten „weichen Faktoren“ (persönliche und zwischenmenschliche Aspekte) entscheidend sind.

Die so bestens eingestellte Crew der MS Antwerpen setzte dann am Nachmittag an zur zweiten Fahrt. Aus didaktischen Gründen – zur Feststellung eines Lernerfolges – war es unabdingbar, dass die Schiffsbesatzung zwischen den beiden Fahrten nicht wechselte. Damit behielten auch die Beobachter ihre bisherigen Funktionen bei.

Wie zu erwarten, verlief die zweite Fahrt deutlich reibungsloser als die erste. Die am Vortage noch festzustellenden Defizite bzw. Schwachstellen wurden von den Teilnehmern gezielt angegangen und abgestellt respektive kompensiert.

In der abschließenden Reflexion wurde das Stabstraining von allen Beteiligten als eine wichtige persönliche Erfahrung angesehen. Hierbei war es unerheblich, dass es das Schiff nur auf Plänen bzw. Skizzen gab und die Kommandobrücke in der Übungsbefehlsstelle der HPS eingerichtet war. Auch die Szenerie selbst war nicht wirklich von Bedeutung, da die wesentlichen Anforderungen an „Krisenstäbe“ verschiedener Organisationen im Grunde vergleichbar sind. Ob es sich nun um ein Ärzteteam bei einer diffizilen Operation, die Besatzung eines Flugzeuges in einer Notfallsituation oder um einen polizeilichen Führungsstab bei einer Sonderlage handelt, fast immer geht es darum, sich als Team schnellstmöglich in eine nicht alltägliche Situation einzuarbeiten, eine Fülle von Informationen zeit- und sachgerecht zu verarbeiten und komplexe Probleme unter Zeit- und Handlungsdruck zu lösen.

Bleibt zu hoffen, dass sich der neue Kontakt der VFH zum Institut für Theoretische Psychologie an der Uni Bamberg weiterentwickelt und noch weitere Projekte folgen werden. Wer mehr über das Trainingsprogramm „MS Antwerpen“ oder über wissenschaftliche Betrachtungen zur Krisenbewältigung erfahren möchte, dem sei das Buch „Entscheiden in kritischen Situationen“, Stefan Strohschneider (Hrsg.), Frankfurt, Verlag für Polizeiwissenschaft, empfohlen.

*BERNHARD JÄGER
FB Polizei, Giessen*



Beamte: Berufung oder Vererbung?

Sozialisation und Berufswahl

Bei dem Thema „Sozialisation und Berufswahl“ am Beispiel der Berufswahl von Beamten interessierte uns insbesondere die These der so genannten „Berufsvererbung“, ein in der Soziologie umstrittenes Konzept, das davon ausgeht, dass die Berufswahl der Kinder durch die berufliche Stellung der Väter maßgeblich beeinflusst wird. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „schichtspezifischer Selbstrekrutierung“ (vgl. hierzu und im Folgenden Bosetzky u. a. 2002: 5ff.). Dabei hatten wir uns vorgenommen, die in der einschlägigen Literatur vertretenen Annahmen mit einer Befragung der Studierenden unserer Abteilung zu vergleichen.

Zu diesem Zweck haben wir eine Fragebogenerhebung in drei Studiengruppen der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, Fachbereich Verwaltung, Abteilung Kassel, durchgeführt. Dort sind zurzeit 92 Studierende eingeschrieben, von denen zum Zeitpunkt der Untersuchung 64 anwesend waren, die wir befragen konnten. Von den 64 ausgeteilten Fragebögen erhielten wir 62 zurück, die wir ausgewertet haben.

Soziale Mobilität

Bevor wir unsere Befragungsergebnisse vorstellen, möchten wir einige Begriffe und Annahmen klären, die für die Diskussion der Befunde bedeutsam sind. Dies betrifft unter anderem den Begriff der „sozialen Mobilität“. Damit bezeichnet die Soziologie den Wechsel von Personen zwischen sozialen Positionen. Hierbei ist insbesondere der Wechsel zwischen Berufsgruppen und sozialen Schichten gemeint. Ein solcher Wechsel wird auch als Abströmung bezeichnet. Innerhalb der sozialen Mobilität wird noch danach unterschieden, ob es sich um Generationen- oder um Karriere-

mobilität handelt. Generationenmobilität beschreibt den Schichtwechsel von einer Generation (Eltern) auf die nächste (Kinder). Karrieremobilität hingegen bezieht sich auf den Wechsel der Schicht im Laufe des beruflichen Werdegangs eines Einzelnen (vgl. Geißler 2002: 31ff.). Im Folgenden werden wir uns auf die Generationenmobilität am Beispiel der Berufswahl des Beamten konzentrieren.

Die Literatur zur Sozialstrukturanalyse weist empirisch nach, dass Abströmungsprozesse von einer Schicht in eine andere relativ selten vorkommen (vgl. Geißler 2002; Bosetzky u. a. 2002). Bosetzky u. a. erläutern die geringe Schichtenmobilität an einem Beispiel, in dem es um die zu besetzende Stelle eines Regierungsdirektors (Besoldungsgruppe A 15) und um die zu besetzende Stelle eines Oberamtsgehilfen (Besoldungsgruppe A 2) im Jahre 2035 geht. Ausgehend vom Geburtsjahr 1995 kommen der

Regierungsdirektors durch die Tochter des Hilfsarbeiters nur 2 % beträgt, während der Sohn des Amtmanns eine prozentual wesentlich höhere Chance (20 %) hat, diese Stelle zu bekommen.

Die soziologische Literatur führt dieses Ergebnis im Wesentlichen auf zwei Strukturmerkmale der Bewerberinnen und Bewerber zurück:

- auf die soziale Herkunft (Schichtenherkunft) und
- auf das Geschlecht.

Soziale Herkunft

Die soziale Herkunft spielt eine entscheidende Rolle sowohl für die Berufswahl als auch für die Berufschancen des Individuums. Dieser Annahme zufolge richten sich Kinder in der Planung ihres eigenen Berufsweges überwiegend nach dem Bildungs- und Berufsstatus des Vaters, der in den meisten Fällen noch immer als der „Hauptverdiener“ der Familie gilt. Die

Erhebung von Walter Müller berücksichtigt allerdings nur die soziale Mobilität zwischen Vätern und Söhnen. Da sich der Schichtungsforschung zufolge die Berufswahl von Mädchen ebenfalls an den väter-

lichen Ausgangsberufen orientiert, werden wir diese Annahme in unserer Untersuchung berücksichtigen.

Geschlecht

Ein weiteres Merkmal sozialer Ungleichheit ist das Geschlecht. Die Chancen für Frauen, eine höhere berufliche Position zu erreichen, sind auch heute noch erheblich geringer als die der Männer. Dieser Trend verstärkt sich umso mehr, je höher die berufliche Position in der sozialen Hierarchie angesiedelt ist.

Beruf der Väter	Beruf der Söhne											„obere“ „untere“ „Vierteil“ „Hälfte“	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9			1+2	7-9
	ODK	UDK	NMA	AE	S	L	FA	U/A	LA	N			
1 Obere Dienstklasse	43	23	7	9	9	0	4	5	1	101	206	66	10
2 Untere Dienstklasse	20	37	5	12	7	1	11	8	0	101	342	57	19
3 Nicht-manuell Ausführende	11	29	8	12	8	0	22	11	1	100	225	40	34
4 Arbeiterelite	12	26	4	18	6	0	22	11	1	100	391	38	34
5 Selbstständige ¹	8	20	8	12	24	1	15	14	0	102	445	28	29
6 Landwirte	4	10	4	8	8	25	17	25	1	100	521	14	43
7 Facharbeiter	4	17	5	14	4	0	38	17	1	100	1048	21	56
8 Un- Angelernte	2	12	2	10	3	0	36	33	2	100	592	14	71
9 Landerbeiter	0	10	4	12	3	1	25	32	13	100	120	10	70
alle Gruppen	9	19	5	12	7	4	25	18	1	100	3890	28	44

Quelle: Bosetzky u. a. (2002, Seite 1)

Sohn eines Amtmanns und die Tochter eines Hilfsarbeiters als potenzielle Aspiranten für die Nachbesetzung des in 2035 vakanten Dienstpostens in Betracht.

Interessant ist die repräsentative Erhebung von Walter Müller aus den Jahren 1976-1982, die in Bosetzky u. a. (2002: 1) abgedruckt ist, und mit der wir uns im Weiteren beschäftigen werden. Anhand dieser Erhebung kann man erkennen, dass die Wahrscheinlichkeit der Nachbesetzung der Stelle des

Man darf bei der Betonung dieser beiden Strukturmerkmale nicht übersehen, dass noch weitere Gesichtspunkte im Prozess der „sozialen Mobilität“ wirksam sind. So spielt zum Beispiel Bildung und damit das Bildungssystem eine wichtige Rolle. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass das Bildungsniveau der Kinder oft mit dem der Eltern korreliert, weshalb wir diesen Aspekt im Weiteren vernachlässigt haben.

Zuordnung zu Berufsgruppen

Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit vorliegenden Forschungen haben wir für unseren Fragebogen die Kategorien der Berufsgruppen von Walter Müller (vgl. Bosetzky u. a. 2002: 1) weitgehend übernommen. Daher werden die Berufe der Väter die Grundlage unserer Auswertung bilden. Dennoch gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen der Erhebung Müllers und der unsrigen. Wie bereits erwähnt berücksichtigt unsere Erhebung – anders als Müller – nicht nur männliche, sondern männliche und weibliche Befragte. Diese Vorgehensweise erscheint schon deshalb geboten, weil unsere Untersuchung für die Abteilung Kassel ergeben hat, dass der Frauenanteil in den Eingangssämtern des gehobenen Dienstes mit 62,9 % überproportional hoch ist.

Beruf der Väter	
Nennung	Anzahl
Obere Dienstklasse	0
Untere Dienstklasse	11
Nicht manuell	
Ausführende	22
Arbeiter	13
Fachbearbeiter	9
Selbständige/ freiberufliche Tätige	3
Landwirte	1
Summe	59

Die uns interessierende Frage ist nun, inwiefern die These von der „Berufsvererbung“ der Beamten-schaft für unser eigenes Umfeld gilt, die Studierenden der Abteilung Kassel der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden. Entsprechen die Abströmungstendenzen bei den von uns befragten Inspektoranwärterinnen und -anwärtern den Umfrageergebnissen von Walter Müller?

Während sich die Mehrheit der klassifizierten Berufe von selbst erklären, bedürfen die „obere“ und die „untere Dienstklasse“ einer Erläuterung. Die obere Dienstklasse besteht aus den Beamten des höheren Dienstes und spielt aufgrund des Befragungsergebnisses für die weitere Auswertung keine Rolle, weil keine Befragte und kein Befragter angegeben hat, dass ein Elternteil dieser Berufsgruppe zuzurechnen sei. Die untere Dienstklasse, die alle restlichen Beamten umfasst, soll für unsere Auswertung eine zentrale Rolle einnehmen. Zum einen entstammen 11 der befragten Studierenden dieser sozialen Schicht (ca. 18 %), zum anderen gilt für alle Studierenden an der VFH, dass sie durch das Studium in diese gelangen wollen.

Ergebnis der Befragung

Nach den repräsentativen Umfragen, die Walter Müller in den Jahren 1976-1982 durchgeführt hat, bleiben 37% der Söhne von Beamten der „unteren Dienstklasse“ auf der Stufe ihrer Väter. Nach unserer Fragestellung findet sich dieses Ergebnis in unserer Befragung nicht wieder. Hier ist die Zahl mit 13 % der Söhne und 21 % der Töchter wesentlich geringer.

Wie bereits erwähnt, wurden in der Erhebung Müllers lediglich die Abströmungstendenzen der Söhne im Vergleich zu den Ausgangsberufen der Väter untersucht. Da der überwiegende Anteil der Studierenden der Abteilung Kassel jedoch weiblich ist (62,9 %), haben wir zusätzlich dazu noch eine Auswertung der Abströmungstendenzen der Töchter ins Verhältnis gesetzt.

Das Ergebnis unserer Untersuchung zeigt also ein anderes Bild zur sozialen Herkunft der Beamten-schaft als sich aus der Erhebung von Walter Müller ergeben könnte. Dies ist keineswegs überraschend, denn unsere Fragestellung widmete sich der realen Zusammensetzung der Beamtenanwärterinnen und -anwärter und die Befragung ist aufgrund der geringen Anzahl der Befragten im Vergleich zu Müllers Studie nicht als repräsentativ zu erachten. Sie reflektiert lediglich ein Zeitmoment. Allerdings könnten sich in unserem Ergebnis auch Veränderungen im Abströmverhalten widerspiegeln, die in den letzten 20 Jahren aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen eingetreten sind.

ANNEGRET BINZEL, MICHAEL
FREIMUTH, SEBASTIAN KÜHN,
TOBIAS SCHÄFER
FB Verwaltung, Kassel

SPECTRUM im Internet

Bei Redaktionsschluss liegen uns Beiträge vor, die wir aus Platzgründen nicht in dieser Ausgabe von SPECTRUM veröffentlichen können.

Diese Artikel finden Sie unter:

www.vfh-hessen.de/spectrum

SPECTRUM Ausgabe 2/04

KATHARINA HESSE u. a.
Projekt „Befragungen von Kunden und
Mitarbeitern in der Eissporthalle Frankfurt“

STUDIENGRUPPE 2-01-01 ABT. GIESSEN
Doppikseminar im Westerwald

PETER SCHMIDT
Mens sana in corpore sano

THOMAS BREUER
Delegation der VFH in Wiesbaden



Foto: Uwe Stotz, Wiesbadener Kurier

Verabschiedung ...

Zwei Kollegen aus dem Fachbereich Verwaltung sind nach fast genau 24-jährigem Wirken an der VFH mit Ablauf des Juni 2004 in den Ruhestand getreten: Leitender Regierungsdirektor Horst Bach und Professor Dr. Ralf-Rainer Lavies.

Bei Studierenden, Kolleginnen und Kollegen aus der Lehre und Verwaltung werden die Erinnerungen an beide Kollegen – und das sind sehr unterschiedliche – vermutlich nur langsam verblassen.

Horst Bach

gehörte dem Fachbereich Verwaltung seit Oktober 1980 an und vertrat – oder besser verkörperte – das Studienfach „Öffentliche Finanzen“. Für sechs Jahre (zwei Amtszeiten) übernahm er von 1993 bis 1999 das Amt des Rektors und die Leitung des Fachbereichs Verwaltung.

Als Rektor hat er sich um die Annäherung und Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche Verwaltung und Polizei verdient gemacht. Als Fachbereichsleiter gelang ihm – erstmalig nach der Gründung der VFH – eine Curriculumsrevision mit einer Neugewichtung der juristischen, wirtschaftswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Anteile im Studienplan. Entscheidende Weichenstellung gab er auch zum Einstieg des Fachbereichs Verwaltung in das Studienangebot im postgraduierten Bereich.

Auf seine Initiative hin hat die VFH 1995 erstmals die Zeitschrift SPECTRUM herausgegeben, die seit dieser Zeit zweimal jährlich erscheint.

Einen Tag vor seinem 65. Geburtstag nahm Horst Bach seine Urkunde zum Eintritt in den Ruhestand im Rahmen einer Feierstunde aus den Händen von Frau Staatssekretärin Oda Scheibelhuber entgegen.

Ralf-Rainer Lavies

lehrte seit September 1980 sämtliche sozialwissenschaftlichen Lehrgebiete an der Abteilung Darmstadt des Fachbereichs Verwaltung. Er war mehrfach Leiter der Abteilung und ständiger Ansprechpartner für die fachdidaktische Weiterentwicklung.

Sein ehrenamtliches Engagement als Stadtverordnetenvorsteher in Pfungstadt, als Kreistagsvorsitzender des Landkreises Darmstadt-Dieburg und als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft hessischer Kreistagsvorsitzender hat ihm landesweit Anerkennung und der VFH Ansehen verliehen.



Die VFH schuldet beiden Dank, verbunden mit dem aufrichtigen Wunsch, sich von nun an unbekümmert um die jetzt frei gestaltbare Lebensplanung bei stabiler Gesundheit zu bemühen.

DR. JÜRGEN DISTLER
Rektor der VFH



Bodo Weitowitz

Bodo Weitowitz

Im April diesen Jahres wurde der Erste Polizeihauptkommissar Bodo Weitowitz im Rahmen einer Feierstunde in den Ruhestand versetzt.

Damit wurde ein Kollege verabschiedet, der in seiner Zeit an der Verwaltungsfachhochschule ganz maßgeblich zu einer fundierten Ausbildung zukünftiger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter beigetragen hat.

Nach Schulausbildung und kaufmännischer Lehre begann Bodo Weitowitz 1962 die Ausbildung zum Polizeihauptwachtmeister, die nach Besuch der M-Klasse 1965 mit dem Bestehen des Hauptanwärter Lehrgang abgeschlossen wurde. Es folgten Tätigkeiten in der II. und V. Bereitschaftspolizeiabteilung in unterschiedlichen Funktionen, so z. B. als Gruppenführer. In diese Zeit fielen auch der Oberstufenlehrgang und der Lehrgang für die II. Fachprüfung. 1973 wurde Bodo Weitowitz zum Polizeikommissar ernannt, 1976 zum Hauptkommissar, an der VFH wurde er Erster Polizeihauptkommissar. Am 01.09.1995 nahm er seine Tätigkeit an der Verwaltungsfachhochschule auf, wurde Fachhochschullehrer für die Fächer Verkehrsrecht/Verkehrslehre. Damit konnte die VFH einen ausgewiesenen Fachmann gewinnen. Die wenigsten Kollegen wussten bis zu seiner Verabschiedung, dass Bodo Weitowitz nicht nur eine Ausbildung zum Fahrlehrer hat, sondern auch Kfz-Sachverständiger und amtlich anerkannter Prüfer ist.

...in den Ruhestand

Bodo Weitowitz war für alle – Studierende, Kolleginnen und Kollegen – immer ein Vorbild und wir werden uns noch oft und gerne an die Zeit mit ihm erinnern.

Dank gebührt ihm auch für seine Tätigkeit im Personalrat der VFH.

Die Kolleginnen und Kollegen wünschen Bodo Weitowitz alles Gute. Möge er seinen Ruhestand genießen.

Boto Kindermann

Nach 42 Jahren im Dienste der hessischen Polizei trat mit Ablauf des Monats August Kriminaldirektor Boto Kindermann in den wohlverdienten Ruhestand.

Eigentlich hätte Boto Kindermann bereits seit zwei Jahren seine Pension genießen können, aber er machte von der Möglichkeit einer Verlängerung seiner Dienstzeit Gebrauch. Die Erfordernisse der VFH sowie seine eigene Lebensplanung ergänzten sich ideal, und so hatte die Abteilung Kassel einen weiteren hauptamtlichen Fachhochschullehrer, konnte den drohenden Engpass in den Kriminalwissenschaften überbrücken. Im Wintersemester 2004/05 wird er noch einen Lehrauftrag übernehmen, um sich dann in den Süden der Republik zurückzuziehen.

Mit Boto Kindermann wird ein Fachhochschullehrer die VFH verlassen, der während seiner Laufbahn bei der Polizei in unterschiedlichen Arbeitsfeldern vielfältige praktische Erfahrungen sammelte und diese mit hoher fachlicher Kompetenz und dem ihm eigenen Temperament an die Studierenden weitergab. Gerne erinnern sich Kollegen und Studierende an seine Geschichten aus den Tagen aktiver Polizeiarbeit oder seine überfallartigen Fragen: „Können sie sich vorstellen, dass dieser Mann ein Vergewaltiger ist?“ Man bekam dann ein Photo von einem gutmütig

dreinblickenden Bürgermeister irgendeiner Kleinstadt vorgelegt. Die „Hypothesenbildung“ oder „Verdachtschöpfung“ erfolgte meistens durch den Fragesteller selbst. Vorgegebene Bahnen verlassen, Vermutungen und Hinweise ernst nehmen, selbst das schier Unmögliche denken, so lässt sich durchaus die unkonventionelle Vorgehensweise beschreiben, die Boto Kindermann den zukünftigen Polizisten mit auf den Weg geben wollte.

Nach der Ausbildung zum Polizeibeamten übernahm Boto Kindermann eine Tätigkeit im Einzeldienst, bevor er 1965 als Ausbilder an die Hessische Polizeischule wechselte.

Von 1970 bis 1973 arbeitete er bei Hessischen Landeskriminalamt und war Leiter einer Sonderkommission („Baader-Meinhof“), deren Verdienst es war, einen der meist gesuchten Terroristen festzunehmen. Es folgte das Studium an der Polizei-Führungsakademie und danach Tätigkeiten beim Polizeipräsidium Frankfurt und die Arbeit als Leiter der Kriminalabteilung bei der Polizeidirektion Fulda. Nach der Wende war Boto Kindermann maßgeblich am Aufbau der Polizeidirektion Gotha beteiligt. Im Jahre 1992 wechselte er dann zur Verwaltungsfachhochschule, Fachbereich Polizei, Abteilung Kassel, wo er 12 Jahre lang erfolgreich unterrichtete.

Die Kolleginnen und Kollegen wünschen Boto Kindermann alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt.

HEINZ-JÜRGEN THIELE
FB Polizei, Kassel

Abschied von Eva-Marie von Harrach



Am 07. Juli 2004 ist Dr. Eva-Marie von Harrach gestorben. Sie ist als aktive Kollegin aus unserer Mitte gegangen, viel zu früh, im Alter von 58 Jahren. Ihr Tod hat uns alle sehr berührt.

Dr. Eva-Marie von Harrach war lange Jahre zunächst in der Abteilung Giessen und später in Frankfurt tätig. In beiden Abteilungen hat sie auch die Aufgabe der Abteilungsleitung und während der zweiten Amtszeit von Horst Bach als

Fachbereichsleiter auch die stellvertretende Fachbereichsleitung wahrgenommen. Mit großem Engagement hat sich Dr. Eva-Marie von Harrach in Arbeitsgruppen für die Weiterentwicklung der Verwaltungsfachhochschule eingesetzt. Als Sozialwissenschaftlerin hat sie sich in Lehre und Forschung um die Professionalisierung des öffentlichen Dienstes verdient gemacht. Zahlreiche Forschungsprojekte, Seminare und Veröffentlichungen waren diesem Thema gewidmet.

Ihr Engagement war vorbildlich. Stets aktiv und kämpferisch, aufrichtig, herzlich und fröhlich werden wir sie in Erinnerung behalten und ihr Andenken mit großem Respekt wahren.

Nicht nur bei mir als langjährigem Kollegen, der in einem intensiven Austausch mit Eva-Marie von Harrach stand, hinterlässt ihr Tod eine große Lücke, menschlich und fachlich.

*DR. WOLFGANG HECKER
FB Verwaltung, Frankfurt am Main*

Der Förderverein trauert

Der Förderverein hat seine Vorsitzende verloren. Dr. Eva-Marie von Harrach war langjähriges Mitglied des Fördervereins, sie hat sich seit Jahren in der Vorstandsarbeit engagiert und im Jahr 2000 den Vorsitz übernommen.

Die Förderung der VFH lag ihr ganz besonders am Herzen. Die Herausgabe von Spectrum hat sie in jeder nur möglichen Weise unterstützt; sei es durch die Finanzierung seitens des Vereins oder durch die Veröffentlichung zahlreicher eigener Beiträge, in denen ihre soziale Einstellung zum Ausdruck kam. Auf ihre Anregung hat der Verein Studierende, die während des Studiums besonderes soziales Engagement gezeigt haben, mit einem Preis gewürdigt, der jeweils mit der Diplomierung verliehen wurde. Ein weiteres Anliegen war ihr, ein Netzwerk für ehemalige Studierende aufzubauen, dessen Realisierung uns jetzt ein besonderes Anliegen ist.

Ihr Leitmotiv war: Was kann der Verein unternehmen, um den Stellenwert und den Bekanntheitsgrad der VFH zu erhöhen? In den letzten Gesprächen, die wir mit ihr führen konnten, hat sie ihre Besorgnis über die weitere Entwicklung der VFH und insbesondere des Fachbereichs Verwaltung zum Ausdruck gebracht.

Der Verein trauert um seine Vorsitzende, die sich so engagiert und mit Nachdruck für die Förderung der VFH eingesetzt hat. Diese Arbeit war ihr so wichtig, dass selbst Vorstandssitzungen in ihrem häuslichen Bereich nichts Besonderes waren. Der unerwartete Tod von Dr. Eva-Marie von Harrach hat die Mitglieder des Vereins sehr betroffen. Sie hat sich um die VFH und den Verein in vorbildlicher Weise verdient gemacht. Wir werden sie nicht vergessen.

*VORSTAND DES FÖRDERVEREINS:
Hartwig Boyan, Günther Scheffer, Michael Liesch,
Dr. Gabriele Schaa, Dr. Trude Mayer,
Claudia Schlick*

Anzeige S. 27

Anzeige S. 28